

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: [Ausgabe vom 20.04.2019](#), Seite 6 / Ausland
Griechische Reparationsforderungen

Von Elisabeth Heinze, Thessaloniki
22.04.2019

Nicht erledigt

Griechisches Parlament fordert weiter Entschädigung für NS-Besatzungszeit



Bundesarchiv, Bild 101I-164-0389-23A / Theodor Scheerer / CC-BY-SA 3.0

Trauma für Griechenland: Soldaten der Wehrmacht hissen Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz auf der Akropolis

Im April 1941 fielen die deutschen Faschisten in Griechenland ein und hissten kurz darauf die Hakenkreuzflagge auf der Athener Akropolis. In den folgenden dreieinhalb Jahren hinterließen die NS-Besitzer ein blutgetränktes Trümmerfeld. Seit Kriegsende fordert Griechenland immer wieder Entschädigungszahlungen von der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des »Dritten Reichs«. Nun hat die Minderheitsregierung des Syriza-Bündnisses von Ministerpräsident Alexis Tsipras das Thema erneut ins Parlament gebracht. Am Mittwoch abend einigten sich die Abgeordneten darauf, an den Forderungen im Umfang von etwa 300 Milliarden Euro festzuhalten. Darin enthalten sind auch 9,19 Milliarden Euro

Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg. Der Vorsitzende der kommunistischen Partei KKE, Dimitris Koutsoumbas, erinnerte an die enorme Verantwortung aller bisherigen Regierungen und der gegenwärtigen und bemängelte, dass eine »echte Frage nach deutschen Reparationen« nie gestellt worden sei. Nach dem Parlamentsbeschluss will Athen nun eine Verbalnote an Berlin und die diplomatischen Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten richten. Die über dreijährige Besatzungszeit bezeichnete die Historikerin Anna Maria Droumpouki im August 2018 gegenüber *junge Welt* als [»das größte Trauma der neueren griechischen Geschichte«](#). Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht. Im Partisanenkrieg verloren bis zu 50.000 Menschen ihr Leben. Ein bedeutender Teil der jüdischen Gemeinde wurde systematisch vernichtet. Tausende starben an Hunger und Zehntausende Menschen im griechischen Widerstand wurden bei sogenannten Vergeltungsmaßnahmen getötet. Die überwältigende Mehrheit der Griechen der Auffassung, bei der Entschädigung für ihr Leid ungerecht behandelt worden zu sein.

Selbst Oppositionsführer Kyriakos Mitsotakis von der konservativen Partei Nea Dimokratia hält vor allem die Rückzahlung des Besatzungskredits für »rechtlich offen und politisch machbar«. Durch das von der BRD mit den USA, Großbritannien und Frankreich ausgehandelte Londoner Schuldenabkommen von 1953 erhielt Griechenland 25 Millionen US-Dollar durch die Interalliierte Reparationsagentur, mit Verweis auf einen späteren Friedensvertrag im Rahmen einer »Wiedervereinigung« Deutschlands. In den 1960ern erhielt der griechische Staat 115 Millionen D-Mark im Zuge einer sogenannten Globalentschädigung für NS-Opfer. Für die BRD war mit der Ratifizierung des Zwei-plus-vier-Vertrages und dem Verweis auf geleistete Zahlungen und Verjährung die Reparationsfrage 1990 juristisch abgeschlossen. So äußerte sich auch aktuell Regierungssprecher Steffen Seibert: »Es hat sich erledigt.« Statt dessen setzt Deutschland auf Anerkennung der historischen Verantwortung, unter anderem durch Besuche von Gedenkveranstaltungen und großzügige Forschungsgelder. Historiker wie Hagen Fleischer und Karl-Heinz Roth, auf deren Analysen sich Athen stützt, verdeutlichen: Nicht alle Ansprüche kann Berlin negieren. Das geleistete Zwangsdarlehen der griechischen Staatsbank an NS-Deutschland würde keinen Präzedenzfall für Reparationsansprüche darstellen.